

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Emil Drescher Nr. 31 202
Elb-Str.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Druckerei: C. G. Drescher, Dresden, Elb-Str. 31 202
Postfach-Nr.: 317 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bählaus, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpöritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsgesellschaft Hermann Dreyer & Co., Dresden-Blasewitz. Verantwortlich für den Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Ersteinstufige mit den Beilagen: Kunst, Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die 4 geteilte Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 geteilte Zeile mit 30 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Plakatschriften und schwierigen Charakteren werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inseratsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erstreckt sich auf: d. verpfl. Zahlung, Frage od. Konfuz d. Auftragsberecht.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
87. Jahrgang

301

Mittwoch, den 30. Dezember

1925

Furchtbare Ueberschwemmungskatastrophe an der ungarisch-rumänischen Grenze

Umgestaltung der Rheinland-Kommission

Wie gemeldet wird, soll die Rheinland-Kommission, der neuerdings der neue Rheinland-Kommissar Dr. Langwert von Simmern beigeordnet ist, im Laufe der nächsten Monate eine wesentliche Umgestaltung erfahren. Schon jetzt ist vorgeesehen, daß der bisherige französische Oberkommissar am 1. März zurücktritt und durch einen gemäßigten französischen Politiker ersetzt werden wird. Auch eine Reihe anderer wichtiger Stellen soll neu besetzt werden, während auf der anderen Seite der Einfluß der militärischen Befehlsorgane eine weitere Beschränkung erfahren dürfte.

Einigung über die Herabminderung der Besatzungstruppen

Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet: Ueber die Verminderung der Besatzungstruppen wurde zwischen London und Paris nunmehr grundsätzlich eine Einigung erzielt. Es ist von den in Betracht kommenden militärischen Stellen ein Plan ausgearbeitet worden, nach dem vom April 1926 ab nur noch zwei französische Armeekorps, nämlich das 32. und 33., in Rheinland besetzt werden. Das 30. französische Korps, dessen Generalstab von Wiesbaden nach Koblenz verlegt worden ist, soll dann aufgelöst werden und das Rheinland verlassen. Die Truppen werden nach Frankreich zurückgeführt. Zur gleichen Zeit wird das Kriegsgesetz in Mainz aufgehoben werden, so daß nur die beiden Kriegsgesetze in Landau und in Trier bestehen bleiben. — Es schweben weitere Verhandlungen darüber, möglicherweise bald, aller Wahrscheinlichkeit nach im Laufe des nächsten Sommers, den rechtsrheinischen Brückenköpfe Mainz, also die besetzten Teile des Regierungsbezirks Wiesbaden einschließlich der Stadt Wiesbaden und der hessischen Kreise Offenbach, Großgerau und Darmstadt zu räumen. (Die Meldung erscheint uns reichlich optimistisch gefärbt. Gedächtnis-Stimmungsrede am Jahresabschluss! D. Schriftl.)

Röln in Erwartung Hindenburgs

Der Besuch des Reichspräsidenten v. Hindenburg im besetzten Rheinland wird in Röln unmittelbar nach dem Abzug der Engländer aus Röln erwartet. Der Besuch wird mit einer großen Befreiungsfeier verknüpft, die aus Anlaß der Räumung der nördlichen Rheinlandszone in Röln stattfindet. Die Feier, auf der der Reichspräsident zu den Rheinländern sprechen wird, geht in der großen Halle der Kölner Messe, die etwa 5000 Teilnehmer fassen, vor sich. Im Anschluß an den Festakt ist eine Fahrt durch die Straßen von Röln und ein Empfang für den Reichspräsidenten auf dem Rathaus geplant, ferner ein Bankett der Stadt Röln zu Ehren des Reichspräsidenten.

Kein deutsch-russisches Bündnis

Gegenüber tendenziösen Falschmeldungen in der amerikanischen Presse, wonach der wiederholte Besuch des russischen Völkerkommissars Litwinski in Berlin und dessen Besprechungen mit Stresemann auf den Plan eines deutsch-russischen Bündnisvertrages zurückzuführen sei, wird von maßgebender Seite mit allem Nachdruck erklärt, daß diese Gerüchte völlig aus der Luft gegriffen sind. Die deutsche Regierung hat nicht die Absicht, mit Rußland irgendwelche Neutralitäts- oder Bündnisverträge nach dem Muster der Türkei abzuschließen und wird auch nach dem Vertrage von Locarno noch viel weniger daran denken können, derartigen Erwägungen nachzugehen.

Was erwartet die deutsche Wirtschaft vom Jahre 1926?

(Ansichten eines maßgebenden Industriellen.)

Die deutsche Wirtschaft erwartet, daß die Reichsregierung im Jahre 1926 ihre Bemühungen fortsetzt, die Finanzwirtschaft durch

größtmögliche Sparsamkeit

ihrer Gefunbung durch Streichung der Gesamtausgaben um mindestens 20 Prozent nach dem jetzigen Stande der Finanzen zuzuführen.

Die Steuererhebung soll vereinfacht werden,

um eine Kapitalneubildung zu ermöglichen. Die Wirtschaft wendet sich besonders gegen die Ansammlung öffentlicher Gelder, wie sie teilweise in Regierungskreisen im letzten Jahre angestrebt worden ist. Nach ihrer Ansicht widerspricht eine Ueberschuldung der Wirtschaft aus Steuererträgen in den Zeiten völliger Verarmung den Erfordernissen einer gesunden Wirtschaftsführung. Vielmehr erhofft man von der Regierung, daß sie die Ueberschüsse zu angemessenen Rinsätzen den deutschen Kreditbanken zuführt. Zur Einschränkung großer Ausgaben empfiehlt sie eine

grundlegende Reform der gesamten öffentlichen Verwaltung.

Auf Grund einer solchen planmäßig durchgeführten Sparpolitik der Reichsfinanzen erhofft die deutsche Wirtschaft eine gesündere Entwicklung des Landes und besonders des Kreditwesens. Sie ist augenblicklich damit beschäftigt, das englische Kreditwesen genau zu studieren, da es sich in der Wirkung auf außenhandelspolitischen Gebiet bewährt hat. Insbesondere hat sich gezeigt, daß die Unterstützung seitens der englischen Regierung durch

Gewährung von Ausfuhrprämien

an dem gesamten Export überraschende Erfolge für die englische Wirtschaft erzielt hat. Die deutsche Regierung wird nach genauer Kenntnis der Sachlage von Seiten der Wirtschaft, besonders des Ausfuhrhandels, aufgefordert werden, gleichfalls einen Fonds zur Verfügung zu stellen.

Industrievertreter bei Hindenburg

Der Reichspräsident empfing gestern eine Abordnung des Reichsverbandes der deutschen Industrie und nahm von ihr Berichte über die gegenwärtige Lage der deutschen Industrie, ihrer einzelnen Zweige und der einzelnen Industriegebiete entgegen.

Anwändige Stellenjäger in Genf

Der Genfer Korrespondent der „Köln. Zeitung“ berichtet: Die Bemühungen privater deutscher Persönlichkeiten um Unterkommen im Völkerbundsekretariat häuften sich jetzt in einer Weise, die in Genf großes Aufsehen erregt. Private Kandidaten wendeten sich direkt an das Völkerbundsekretariat, um für sich und ihre Gesinnungsgenossen die verhältnismäßig wenigen Plätze, die den Deutschen eventuell zur Verfügung stehen, rechtzeitig zu belegen.

Täglich trafen allerlei Bemerkungsschreiben ein.

und einzelne Mitglieder des Sekretariats wurden um Hilfe angegangen. Dem Völkerbundsekretariat liegen bereits eine Liste von Kandidaten vor. In wirklich maßgebenden Kreisen

stellen, der dazu bestimmt ist, das Kreditrisiko des Exporteurs prozentual mitzutragen. Durch eine solche Stabilisierung und Sicherstellung des Exportes hofft man, einer neuen Inflation, die weder von der Wirtschaft noch vom Volke im allgemeinen ertragen werden könnte, den Abzug vorzuschreiben. Aus diesem Grunde wird die

Politik der Reichsbank mit ihrer planmäßigen Einschränkung der Kreditie aus Gründen der Währungs-politik gutgeheißen,

wenn man sich auch gegen eine Starrheit der Kreditgewährung ohne Berücksichtigung der Steigerung der Produktion ausspricht und wehrt.

In der Lohn- und Arbeitsfrage widerspricht die Wirtschaft einer zwanngswweisen Bestimmung durch den Staat. Sie vertritt den Standpunkt, daß sich der Lohn nach der Leistung der Produktivität der Arbeit

richten muß und daß die betriebliche Regelung der Arbeitszeit im Einvernehmen mit der Belegschaft zu erfolgen habe.

Als Ziel der deutschen Handelspolitik wird der

Abbau der internationalen Zoll-mauern

betrachtet, als Ziel der Handelsverträge der Abschluß auf der Grundlage gegenseitiger Tarifiermäßigung und nicht, wie zu Beginn des Jahres 1925 auf der der allgemeinen Weltbegünstigung.

Die deutsche Wirtschaft ist sich darüber klar, daß ihren Wünschen große Geminnisse entgegenstehen, und daß es zähester Arbeit bedarf, um allmählich zu ihrem Ziele zu gelangen. Sie weiß auch, daß ihre Ziele nicht in allen Punkten vollkommen sind, aber sie erwartet, daß es in gemeinsamer Arbeit zwischen allen Kreisen des Volkes und des öffentlichen Lebens gelingen wird, den

Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens

im Jahre 1926 weiterzuführen.

des Völkerbundsekretariats, die offenbar über alle Einzelheiten der Mitwirkung untergeordneter Völkerbundstellen an diesen Verhandlungen unterrichtet seien, zeige man sich über die parteipolitischen Einmischungen sehr verstimmt, und man gebe zu verstehen, daß dadurch die ohnehin schwierige Regelung der Mitarbeit Deutschlands im Völkerbund nicht erleichtert werde.

Eine neue italienische Schandtat

In Billon in Südtirol waren in der Carabinieri-Kanzlei von unbekanntem Täter die Fenster eingeworfen worden. Ungefähr ein Duzend Personen wurden verhaftet und in Ketten nach Klauen geführt, darunter der Witze Profanter, der zur Tat aufgefordert haben sollte. Nach acht Tagen wurden die Verhafteten freigelassen, aber wiederholt zu Vernehmungen in die Kaserne gerufen. Bei einer dritten Vernehmung wurde Profanter von den Carabinieri mit Häufen geschlagen, daß er auf der Straße bewußlos zusammenbrach, zeitweise das Gehör verlor und auf einem Auge nicht mehr sehen konnte.

Die moderne Türkei

Die von vielen Türken bedauerte Modernisierung der Türkei, die mit der Einführung zahlreicher Gebräuche der westeuropäischen Kulturwörter begonnen hat, schreitet mit rascher Eile vorwärts. Zu den europäischen Vertriehten, mit denen die Türlen nunmehr auf Weisung der Regierung Romals bequadt werden, gehören nicht nur der feste Hut, der Strohhut, der Gehrock, der Smoking usw., sondern auch eine regelrechte Spielbank, die demnächst in Konstantinopel eröffnet werden wird. Die Spielbank wird nach dem leuchtenden Beispiel von Monte Carlo eingerichtet werden, und zwar, um alles silecht zu gestalten, von Beamten des Casinos in Monte Carlo.

Aber die türkischen Gehegeher sind vernünftig genug, dafür zu sorgen, daß die türkischen Staatsbürger der mohammedanischen Republik dieser Spielhölle fernbleiben. In der Nationalversammlung in Angora ist ein Gesetzentwurf eingebracht worden, nach dem es jedem türkischen Staatsbürger verboten sein soll, einen Klub, ein Kasino oder sonst eine Einrichtung zu betreten, wo das Würfeln, Wetten und Scharibieren überhaupt erlaubt ist. Dieses Recht wird nur den Fremden zugestanden. In der Begründung zu der Gesetzesvorlage wird gesagt, daß eine Spielbank der Stadt Konstantinopel zweifellos große materielle Vorteile bringen wird. Der Staat beabsichtigt mit der Einrichtung eines Casinos, die Ausländer anzulocken und die Stadt am Bosphorus von dem auf diese Weise herbeiströmenden Geld profitieren zu lassen. Es würde aber unrichtig sein, heißt es weiter, das Vermögen türkischer Staatsbürger einem Etablisement zu opfern, das bloß einer Gemeinde Nutzen verschaffen soll. Modernere und offenerziger Vermag man schwerlich zu sein.

Doch man darf nicht glauben, daß die Erneuerung sich auf Konstantinopel beschränkt. Auch Angora, die neue Hauptstadt der Türkei, der Sitz des Parlaments, wird modern. Als Angora vor ungefähr einem Jahre offiziell zur Hauptstadt der Republik proklamiert wurde, zweifelten viele daran, ob diese primitive Stadt tief drinnen in Kleinasien je in Wettbewerb mit der alten Hauptstadt am Bosphorus würde treten können. Es zeigt sich jedoch, daß türkisches und ausländisches Kapital mit so viel Leidenschaft auf die einfache Stadt geworfen wurde, daß sie nicht mehr weit davon entfernt ist, das moderne Zentrum eines immerhin ausgedehnten Reiches zu werden. Der „pushing power“ ist Habar Bei, der Präsekt von Angora, unter dessen oberster Leitung der Bau der neuen Hauptstadt vor sich geht. Häuser und Fabriken entstehen, Straßen, Wasserleitungen, Kanäle und elektrische Leitungen werden angelegt und es wimmelt von amerikanischen, englischen, deutschen und österreichischen Unternehmungen. Die Höhe der westeuropäischen Städte scheint Angora allerdings noch nicht erreicht zu haben, wenn auch mit Genugtuung konstatiert wird, daß die Stadt ihren orientalischen Stempel bereits verloren hat. Ob dies als ein gar so glücklicher Umstand bezeichnet werden kann, ist übrigens sehr fraglich. Gegenwärtig befindet sich die Stadt in einem Uebergangsstadium und man sieht die modernsten Einrichtungen neben alten primitiven orientalischen Institutionen. Da außerdem der Preis abgeschafft ist, begegnet man in den Straßen zahlreichen orientalischen Typen, die in farbigem, buntem Gewänder gekleidet sind und auf dem Kopf einen funkelnelneuen steifen Hut tragen.

Um die Hotels ist es in Angora noch sehr schlecht bestellt. In Abwartung der Volk-